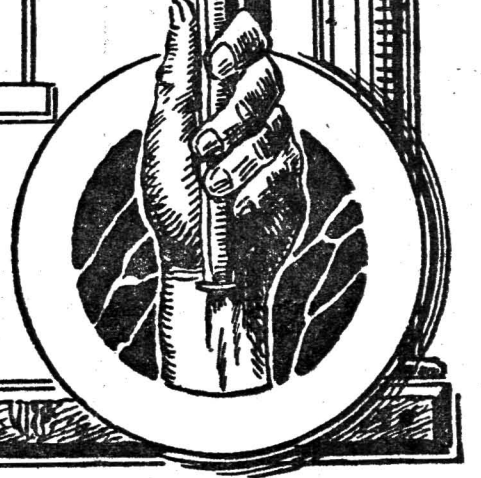
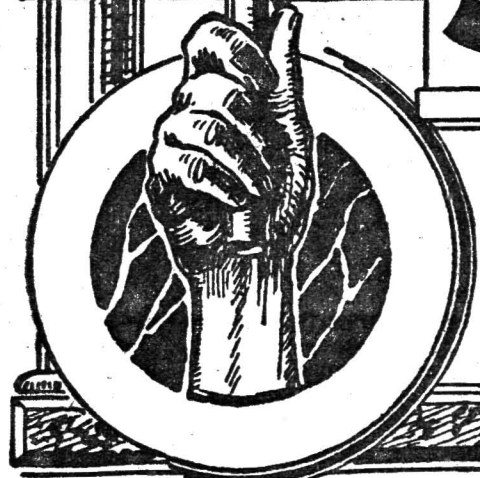


Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.
Telephon Nr. 504.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 47.

Sonnabend, den 25. November 1905.

9. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Brandis-Bescha. Da eine Wiedereinstellung der gemäßigten Pflasterer bei der Firma Preißer nicht zu erreichen ist, machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß die Firma wieder auf der Suche nach Ersatz ist.

Blauen im Vogland. Sechs Mann haben die Arbeit aufgenommen, neun wurden bis jetzt nicht wieder eingestellt.

Koburg. Die Granitsteinmehrer bei der Firma Erhard stehen im Streik.

Kappelrodeck. Der Streik dauert fort. Mit Herrn Kromer-Sagbachwalden wurde ein Vertrag abgeschlossen. Es konnten somit wieder circa 24 Mann untergebracht werden und kommen noch etwa 30 Streitende in Frage.

Sindensfels-Bedenkirchen und Gimsbhausen. Die Firma Kreuzer u. Wühringer hat allen Verbandsmitgliedern gekündigt. Die Arbeiter haben in 8 Tagen, vom heutigen Tage ab, die Werkzeuge zu verlassen. Grund Zugehörigkeit zum Deutschen Steinarbeiterverband. Bei dieser Firma werden nur Grabdenkmäler und Monumente hergestellt. Zuzug der Hartsteinarbeiter ist strengstens fernzuhalten. (Siehe Artikel Unternehmergrößen).

Berlin. Bei der Firma Holzmann haben 35 Mann die Arbeit niedergelegt.

Schweiz. Zuzug von Steinarbeitern nach der Kunststeinfabrik Kappell in fernzuhalten, der Platz ist gesperrt. Die Firma sucht Arbeiter bei hohem Lohn in süddeutschen Blättern, in Wahrheit bezahlen sie nur 60 Cent.

Die Trostlosigkeit unserer Sozialpolitik.

I.

Eine sehr gemischte Gesellschaft war es, die sich in der letzten Septemberrunde dieses Jahres in Mannheim zusammengefunden hatte, um verschiedene Fragen der praktischen Sozialpolitik zu behandeln. Der Verein für Sozialpolitik, ein Gemisch von Halbsozialisten und Kapitalprogen, von Männern der Studierstube und Männern der Praxis, von Arbeiterfreunden und Scharfmachern, hielt dort seine Generalversammlung ab, die an Referaten und Diskussionen die verschiedenartigsten und entgegengesetzten Ansichten zutage förderte. Die dort gepflogenen Verhandlungen werfen ein eigentümliches Schlaglicht auf die Trostlosigkeit der modernen Sozialpolitik, sind aber auch höchst lehrreich für die deutschen Arbeiter, weil sie ihnen zeigen, was sie von den maßgebenden Faktoren des neuen Kurzes zu erwarten haben.

Von besonderer Bedeutung war zunächst das Referat des bekannten Münchner Professors Lujo Brentano über das Arbeitsverhältnis in den privaten Niesenbetrieben, worin derjenige Standpunkt zum Ausdruck kam, den die bürgerlichen Sozialideologen Deutschlands seit Jahren erfolglos vertreten. Danach ist das heutige Arbeitsverhältnis als eine Vereinbarung zwischen Unternehmer und Arbeiter zu bezeichnen, durch die der letztere ganz entschieden benachteiligt werde. Um dies Mißverhältnis zu beseitigen, müsse der individuelle (Einzel-)Arbeitsvertrag durch den kollektiven Arbeitsvertrag ersetzt werden. „Das heutige Arbeitsverhältnis“, so heißt es in den von dem Referenten aufgestellten Leitsätzen, „beruht auf einem Vertrage zwischen gleichberechtigten, freien Personen. Doch kennt das Recht nur erst den individuellen, noch nicht den kollektiven Arbeitsvertrag. Dieser unfertige Zustand des Rechts ist die Hauptursache der heutigen Arbeitsstreitigkeiten. Das Arbeitsverhältnis in den Niesenbetrieben beruht auf einseitiger Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch den Arbeitgeber. Von diesem Standpunkt aus erscheint schon das bestehende Recht revolutionär, noch revolutionärer das Streben, das Grundprinzip des heutigen Arbeitsvertragsrechts durch Einführung des kollektiven Arbeitsvertrags zur Wahrheit zu machen. Teils aus technischen, teils aus ökonomischen Gründen sind die Arbeitsbedingungen, um deren Festsetzung es sich im kollektiven Arbeitsvertrage handelt, weder individuelle, noch können sie individuelle sein. Bei Ablehnung des kollektiven Arbeitsvertrags ist es daher nicht die Freiheit des Arbeiters, nach seinem besten Ermessen zu handeln, die man wahren möchte, sondern die Freiheit des Arbeitgebers, durch Verhandeln mit einzelnen Arbeitern deren Gesamttheit seinen Willen aufzuzwingen.“

Mit Recht hebt Brentano hervor, daß das Freiheitsgefäß des Unternehmertums der reine Schwindel ist, da letzteres nicht die Arbeitsfreiheit erstrebt, sondern lediglich

die Ausbeutungsfreiheit. Ferner weist er darauf hin, daß es unbedingt notwendig sei, die Ausnahmebestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung zu beseitigen, und auf die Streikvergehen die normalen Strafbestimmungen des Gesetzbuchs über körperlichen Zwang und Drohung anzuwenden; er macht die sehr treffende Bemerkung, daß nicht nur die Organisationslosigkeit, das Sich-nicht-Koalieren gesetzlich geschützt werden müsse, sondern auch das Sich-Koalieren, oder mit andern Worten, daß es verkehrt sei, die unorganisierten Arbeiter vor den organisierten zu bevorzugen. Dieser Standpunkt wird auch von uns geteilt: wir wollen nämlich den rückständigen Elementen in der Arbeiterschaft das gesetzliche Recht, den Organisationen fernzubleiben, nicht bestreiten, — wohlgerne, das gesetzliche Recht, denn die moralische Berechtigung bestreiten wir ganz entschieden! — aber moegen wir uns aufs schärfste wenden müssen, ist die Auffassung der Behörden, als ob ein Unorganisierter ein Idealist und ein Organisierter ein Verbrecher gegen die öffentliche Ordnung sei. Diese Auffassung, die noch heute in behördlichen Kreisen grassiert und viel Unheil anrichtet, muß unter allen Umständen über Bord fliegen.

Daher freuen wir uns über die scharfe Kritik Brentanos, wie wir auch seinen früheren Ausführungen über die lieben Kinder des Unternehmertums und der Behörden zustimmen: „Man bemüht sich, die sogenannten Arbeitswilligen zu schützen. Im übrigen sind diese Arbeitswilligen zumeist fremde minderwertige Arbeiter, die man aus weiter Ferne, oft auch aus dem Auslande holt. Sie kennen entweder die Verhältnisse nicht, oder arbeiten zu niedrigeren Löhnen, da sie der Hunger dazu zwingt. Bismeil erhalten sie auch hohe Löhne, nur um die ausständigen Arbeiter zu zwingen, zu den alten oder auch schlechteren Arbeitsbedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. So wahr man die nationale Arbeit von Leuten, die nichts weiter zu verkaufen haben, als ihre Arbeitskraft.“

In äußerst scharfer Weise kritisiert Brentano auch die so viel gepriesenen Wohlfahrtsinstitutionen des Unternehmertums, die vorwiegend bezwecken, die Arbeiter in einer dauernden Abhängigkeit zu erhalten und sich einen Stamm von Arbeitswilligen zu züchten. „Durch die von den Unternehmern geschaffenen Wohlfahrtsinstitutionen werden die Arbeiter genötigt, sich allen Bedingungen der Unternehmung zu unterwerfen, wenn sie und die ihrigen nicht Schaden erleiden sollen. Diese Wohlfahrtsinstitutionen, die angeblich geschaffen sind, den sozialen Frieden herbeizuführen, haben die entgegengesetzte Wirkung. In Amerika hat man in neuerer Zeit eine Truppe von Arbeitswilligen, richtiger „Streikbrecher“ geschaffen, die für jeden Betrieb von den Unternehmern der Truppe verkauft werden. Bei uns hat man eine solche Streikbrechertruppe nicht nötig, man hat sich eine Streikbrechertruppe durch Wohlfahrtsinstitutionen geschaffen. Die Wohlfahrtsinstitutionen dienen nicht dem sozialen Frieden, sondern sie gelten als Kampfmittel gegen die Bemühungen der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern. Ja, man geht noch weiter, man beeinflusst selbst die politische, soziale und religiöse Betätigung der Arbeiter und dehnt diesen Einfluß sogar auf die Kaufleute und Gastwirte der betreffenden Gegenden durch Boykottklärungen aus. In diesen Gegenden werden die gesetzlichen Bestimmungen ausgeschaltet, der Wille des Betriebsleiters gilt als oberstes Gesetz. Man weist auf die Hörigkeit hin, die gar nicht so schlimm gewesen sei. Allein der Grundherr in Zeiten der Hörigkeit hatte die Verpflichtung, für die Wohlfahrt der Arbeiter und alle seine Angehörigen in vollem Umfange immerdar zu sorgen. Es müssen deshalb gesetzliche Bestimmungen erlassen werden, wonach Wohlfahrtsinstitutionen nicht als Mittel benutzt werden dürfen, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu verkümmern und sie zu Hörigen zu machen. Die Erfüllung dieser Forderungen liegt gleichmäßig im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aber auch im Interesse der Allgemeinheit.“

Zum Schluß aber fordert der Referent mit allem Nachdruck, daß die Unternehmer ihren Herrenstandpunkt aufgeben und die Arbeiter, resp. die Arbeiterorganisationen als gleichberechtigt anerkennen müßten. „Die Unternehmer sagen allerdings“, so führte er aus, „daß jede Einmischung in den Betrieb eine Störung des Unternehmertums bedeutet. Der Unternehmer muß Herr im Hause sein, wenn das Unternehmen gedeihen soll. Die Autorität muß gewahrt werden. Herr Bueck sagte einmal: Es muß als Grundsatz gelten, daß in jedem Arbeitsbetriebe die Autorität des

Unternehmers zu wahren ist. Dieser Ausspruch erinnert an den russischen Zaren, dessen Autorität zur Wahrung der Selbstherrschaft nicht angetastet werden darf. Die Herren Bueck und Genossen halten auch uns für Revolutionäre, sobald wir uns erlauben, an der unumschränkten Autorität der Unternehmer zu zweifeln. Nach allen rechtlichen Grundsätzen ist jeder Mensch Selbstzweck, und hat das Recht, seine Anlagen zur vollen Entfaltung zu bringen. Dies kann aber nicht geschehen, solange der einzelne Arbeiter gehindert ist, sich höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.“

Die Ausführungen Brentanos stießen auf heftigen Widerbruch. Sogleich der erste Redner, Regierungsrat a. D. Dr. Leydig aus Berlin, ein Vertreter des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der seine Brotherrn rein zu waschen suchte, stellte sich auf einen entgegengesetzten Standpunkt; er behauptete, die Ausperrungen seien lediglich Abwehrmaßnahmen gegen die Angriffe der Gewerkschaften; es falle keinem Unternehmer ein, seinen Arbeitern das Koalitionsrecht entziehen zu wollen (wer laßt das?!), und selbst wenn dies vorläme, so befäßen ja die Arbeiter in dem Wahlrecht, der Presse und der öffentlichen Meinung Mittel genug, um den angeblichen Unternehmendespotismus zu brechen. „Was die Anerkennung der Arbeiterorganisationen anbetrifft“, schloß der Redner, „so stehen wir auf dem Standpunkt, daß Arbeitsverträge nur mit den einzelnen Arbeitern abgeschlossen werden können, weil die Organisation nicht die Verpflichtung übernimmt, dem Arbeitgeber dauernd zu den Bedingungen, zu denen der Unternehmer der Organisation gegenüber verpflichtet sei, Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Wer könne einen Arbeiter zwingen, bei steigender Konjunktur zu den Tarifverträgen zu arbeiten? Die Tarifverträge sind nur eine einseitige Bindung der Arbeitgeber. Wenn der Staat die Tarifverträge erzwingen sollte, müßte er auch sorgen, daß die Betriebe existieren könnten. Damit wäre der erste große Schritt zur Durchführung des sozialistischen Staates getan.“

Dieses Kapitalprozentum des ehemaligen Regierungsmannes forderte hinwiederum neue Kämpfe auf den Plan. So wandte sich unter anderem Dr. Raumann gegen seinen Vorredner, indem er ausführte: „Der Arbeiter vermag sich in seinem Gehirn keinen Weg auszudenken, wie er auf normalem Wege zu einer Besserstellung kommen kann. Diese Situation der Aussichtslosigkeit ist es auch, welche unser ganzes wirtschaftliches und kulturelles Leben bedrückt. Die Unternehmer erklären immer, sie gäben deshalb nicht nach, weil die Sozialdemokratie so radikal sei. Gehen wir doch aber mal den Gründen nach. Wie kommt es, daß die deutschen Arbeiter, die noch in der Zukunft des guten alten Polizeistaates erzogen sind, daß sie das unmöglich im Blute haben können, so radikal sind? Woher anders, wenn nicht die Notwendigkeit diese Situation psychologisch hervorgerufen habe? Und fragen wir uns ferner: wo liegen die staatsverhaltenden Kräfte? Sicherlich nicht dort, wo man mit Unnachgiebigkeit und Kaltblütigkeit die deutsche Arbeitererschaft in den Radikalismus hineintreibt. Man muß die Ueberzeugung aussprechen, daß ebenso wie beim Staate ein konstitutionelles Verhältnis in Großbetrieben nötig ist. Die Großindustrie sagt: wir können mit der Sozialdemokratie nicht verhandeln, weil sie die Gesellschaftsordnung umstürzen will. Aber gerade diese Theorie der Sozialdemokratie setzt ja heute die Großindustrie in die Praxis um. Ihr steht es am wenigsten an, im Biedermannstone von den staatsstürzenden Ideen zu reden. Nein, wenn irgendwo Brüder sind, so ist es der Großkapitalismus und die sozialistische Theorie. Der Unterschied liegt nur in der Herrschaftsfrage: soll die neue Produktionsform aristokratisch oder demokratisch sein? Alles moralische Pathos über die Verworfenheit der Sozialdemokratie kann man sich vom Handwerker, Landwirt, Kleinkaufmann gefallen lassen, aber nicht von den Leuten, deren ganze Phantasie dahin geht, über das ganze Land ein Netz von Organisationen zu schaffen, in denen der einzelne Unternehmer nichts als ein Funktionär, wo das Ganze von wenigen Personen geleitet wird. Alle Symbothen der öffentlichen Meinung müssen auf Seite derjenigen stehen, die die Organisationen verallgemeinern wollen. Wir müssen den Arbeitern aller Konfessionen zurufen: Ihr müßt in die Organisationen hinein, denn ihr werdet in ihnen staatsverhaltend. Die Organisation des Abhängigen wird der Zufluchtsort, wo sich der individualistische Geist hinüberrettet, damit Geist

und Verstand nicht von der monarchischen Uebermacht, vom kollektivistischen Leiter der Produktion verschlungen werden."

Der Vorsitzende der Versammlung, Professor Dr. Philippovich aus Wien, fasste das Ergebnis der Debatte zusammen und äußerte die Hoffnung, daß die Richter und die öffentliche Meinung von modernem Geiste erfüllt werden mögen. Leider wird diese Hoffnung auf absehbare Zeit hinaus in der frommer Wunsch bleiben und die gutmeinenden Sozialideologen werden lange warten können, ehe ihre sozialistischen Ideen das Herz der Kapitalproten rühren oder auch nur berühren werden. Es wird also den Arbeitern nach wie vor nichts anderes übrig bleiben, als mit Hilfe ihrer Organisationen den Herrenstandpunkt der Großindustriellen zu zerbrechen und die wirtschaftliche Demokratie in die Praxis umzusetzen.

Gewerbe-Inspektions-Bericht für Lothringen 1904.

Die Stellung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu den Arbeitgebern ist im allgemeinen wie in den früheren Jahren als eine gute, auf gegenseitiges Vertrauen gestützte, zu bezeichnen. (Und zu den Arbeitern?) Mit verhältnismäßig wenig Ausnahmen, die zum größten Teil auf das Baugewerbe entfallen, kamen die Unternehmer den gegebenen Anordnungen bereitwillig (?) nach. Nur in wenigen Fällen mußten schriftliche Mahnungen zur Durchführung von Gesetzesvorschriften erlassen werden und nur in zwei Fällen wurde die Hilfe der örtlichen Polizeibehörden in Anspruch genommen. Nichtsdestoweniger hat sich die Zahl der gerichtlichen Strafanzeigen wesentlich vermehrt, da ein scharfes Vorgehen gegen einzelne Betriebsleiter, namentlich zur Durchführung der Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter in den Baubetrieben, Steinhauereien und Steinbrüchen erforderlich war. Das Verständnis für die sozialen Forderungen unserer Zeit ist eben bei manchen Unternehmern ein sehr geringes oder auch einseitig entwickeltes.

Ungeachtet der guten Beziehungen hat die Inanspruchnahme der Gewerbeaufsichtsbeamten durch die Betriebsunternehmer eine Steigerung nicht erfahren, während der Verkehr mit den einzelnen Arbeitern sowohl, als auch mit den Arbeiterorganisationen gegenüber den Vorjahren eine ungeahnte Höhe erreicht hat. Es verging kaum ein Tag, an dem nicht Arbeiter auf dem Amtszimmer oder auch in der Wohnung vorstuden und die verschiedensten Anliegen vorbrachten. Auch schriftliche Beschwerden über Mißstände in den gewerblichen Betrieben, namentlich seitens der Steinhauer und der Bauarbeiter, liefen häufig ein, und sie entsprachen in den meisten Fällen der wirklichen Sachlage. In mehreren Fällen wurde der Gewerbeinspektor auch zur Schlichtung von entstandenen Lohnstreitigkeiten von den Arbeitern und auch von den Arbeiterorganisationen angerufen.

Den Anforderungen, die aus den Kreisen der Interessenten an mich gestellt wurden, jagte ich, soweit sie berechtigt waren, baldmöglichst zu entsprechen. Dennoch waren die Arbeiter häufig enttäuscht, wenn dies nicht so rasch und in dem Maße geschehen konnte, wie sie es sich vorgestellt hatten. Es war dies insbesondere dann der Fall, wenn es sich um die gerichtliche Bestrafung von Gesetzesübertretungen handelte, für die es an den nötigen bezw. willigen Zeugen fehlte und die seitens der Aufsichtsbeamten schwer festzustellen waren. Die selbstlose Aufopferung einzelner Arbeiter, namentlich Steinhauer, die unermüdet waren, die Wohltaten der gesetzlichen Schutzbestimmungen für sich und ihre Mitarbeiter zu erkämpfen, muß dabei anerkennend erwähnt werden. Diese Arbeiter setzten sich dabei Verfolgungen und Widerwärtigkeiten aus, nicht allein seitens der Unternehmer, sondern auch seitens der Arbeiter, die durch ungesetzlich längere Arbeitszeit einen besseren Verdienst zu erzielen hofften, und wurden vielfach als gewöhnliche Denunzianten betrachtet und behandelt. In ihren Bestrebungen, folgert weiter der Beamte, suchte ich sie nach Möglichkeit zu unterstützen, dennoch hatten ihre Bemühungen wenig Erfolg. Wurde schließlich dennoch eine gerichtliche Bestrafung herbeigeführt, so war dieselbe so niedrig bemessen, daß sie ihren Zweck bei skrupellosen Unternehmern gänzlich verfehlte. (Arbeiter faßt man nicht so zimperlich mit Glacehandschuhen an!)

Von 426 Steinbruch- und Steinhauereianlagen mit 1160 Arbeitern wurden revidiert 146 Anlagen mit 738 Arbeitern. Im ganzen wurden 197 Revisionen vorgenommen. Auch in den mit den Baubetrieben verbundenen Steinhauereien wurde bei den Revisionen die Wahrnehmung gemacht, daß der Durchführung der Bestimmungen hinsichtlich der Arbeitszeit, namentlich bei der Bearbeitung von Sandstein, seitens der Arbeitgeber meistens ein hartnäckiger Widerstand entgegengesetzt wird und daß auch ein großer Teil der Arbeiter diesen Vorschriften wenig Beachtung schenkt. Die organisierte Arbeiterchaft entfaltete dagegen eine äußerst lebhaftige Agitation und brachte namentlich Verfehlung zur Kenntnis der Aufsichtsbehörde. Die zahlreich gestellten Strafanzeigen führten in 23 Fällen zu gerichtlichen Bestrafungen in Höhe von 3—20 Mk. Eine Erhöhung der Tagelohn- und Akkordsätze, die der Verkürzung der Arbeitszeit entsprechen, haben die Arbeitgeber mit wenigen Ausnahmen abgelehnt unter Hinweis darauf, daß durch die scharfen (?) Bestimmungen bezüglich der Sandsteinbearbeitung die Konkurrenz mit den übrigen im Bezirk oder dessen Nähe vorhandenen Bau- und Werksteinen, deren Bearbeitung einer solchen Beschränkung nicht unterliegt, eine schwierige geworden sei. Dadurch wurden auch die Arbeiter veranlaßt, die gesetzliche Vorschrift der neunstündigen Arbeitszeit nicht zu beachten, da der Lohnausfall gegenüber der früheren üblichen elfstündigen (!) Arbeitszeit ein zu empfindlicher war. Den Aufsichtsbeamten und auch den kontrollierenden Arbeitern wurden seitens der über die Arbeitszeit befragten Arbeiter deshäufig häufig ausweichende, in den meisten Fällen jedoch auch unwahre Angaben gemacht, die ein sicheres Feststellen der tatsächlichen Arbeitszeit und manchmal auch die gerichtliche Bestrafung vereitelten. Gleichzeitig wurde von den Arbeitgebern in Steinbrüchen und bei Bauten gegen das Verlangen neunstündiger Arbeitszeit für die Steinhauer auch eingewendet, daß dieselben nicht aus-

schließlich als Steinhauer, sondern auch mit anderen Arbeiten, mit Steinbrechen und mit dem Transport der Steine von und zu dem Arbeitsplatze beschäftigt werden; oder es wurde vor Gericht geltend gemacht, daß die Bearbeitung der Bausteine mit dem Spitzstein in den nicht-barren regelmäßigen Flächen nicht zu den Steinhauerarbeiten (!) im Sinne der Bekanntmachung vom 20. März 1902 (R.-G.-Bl. S. 78) gehöre, da wirkliche ausgebildete Steinhauer zu deren Ausführung nicht herangezogen würden. Auch das bekannte Vordringen eines unteren Aufsehers oder eines Strohmannes als verantwortlicher Unternehmer wurde häufig versucht. Infolge dieser ungünstigen Verhältnisse sah sich das Aufsichtsamt genötigt, zahlreiche Steinhauereibetriebe wiederholt zu revidieren und außerdem die Polizeibehörden um eine wirksamere Ueberwachung derselben zu ersuchen. Im Interesse der Arbeiter und um den Frieden zu wahren, muß die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen mit aller Strenge weiter verfolgt werden. In den Steinbruchgebieten, wo andere Verhältnisse bestehen als in den Steinhauereien, auch wenige organisierte Arbeiter vorhanden sind, ist die im vorigen Berichtsjahre weniger aus sozialpolitischen als aus anderen (??) politischen Gründen eingeleitete starke Agitation fast völlig verschwunden. Nichtsdestoweniger hatte diese nur unter der einheimischen Bevölkerung hervorgerufene Bewegung den Nachteil im Gefolge, daß die Steinbruchunternehmer die italienischen Arbeiter gegenüber den einheimischen häufig bevorzugten und zum Teil auch Strafgefangene in größerer Anzahl beschäftigten. Soviel bei Revisionen festgestellt werden konnte, werden die Bestimmungen über die Arbeitszeit besser als im Vorjahre zur Durchführung gebracht. (Was da der Beamte mit „anderen politischen Gründen“ meinte, ist rätselhaft. Gewiß predigte der Geistliche: die Sozialdemokraten kommen und wollen die Kirche einreißen. Auch die Bürgermeister und Gendarmen taten alles, um jede Agitation und Aufklärung der Steinbrucharbeiter zu verhindern. Wurden doch einmal Strafbürger Steinhauer jüchten, so ist wären sie gest einigt worden. Die Behauptung, daß andere politische Gründe — wahrscheinlich sozialdemokratische — bei der Agitation mitwirkten, wird der Beamte nicht beweisen können. Dieser Satz im Bericht ist ein dunkler Fleck, denn er ist sehr parteiisch!)

Auf Grund des § 105 c Abs. 4 der Gewerbeordnung ist keine Ausnahme von den Bestimmungen über die Sonntagsruhe bewilligt worden. Nach § 105 f wurden nach Ausweis der Tabelle VI 36 467 Stunden Sonntagsarbeit bewilligt gegen 42 490 im Vorjahre, die sich auf 47 Betriebe (35 im Vorjahre) verteilen, von denen allein 26 auf das Baugewerbe entfallen.

Einem Bildhauer wurden zur Herstellung von Grabdenkmälern, die in größerer Anzahl zum Allerjüngertage bestellt waren, 56 Stunden zur Sonntagsarbeit erteilt.

Bezüglich der Lohnabrechnung und Lohnzahlung kommen im Baugewerbe schwere Vergehen gegen die gesetzlichen Bestimmungen noch sehr häufig vor und wurden seitens der Arbeiter zahlreiche Klagen bei den Beamten vorgebracht. Dieselben werden in ihrem Kündigungsrecht (§ 122 G.-D.) fast durchgängig dadurch beeinträchtigt, daß sie ihren Lohn nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses nicht sofort ausbezahlt erhalten, sondern bis zum nächsten Zahltag warten müssen; sie sind dadurch an die Arbeitsstelle gebunden, während sie selbst auf Grund des Arbeitsvertrags jeden Augenblick entlassen werden können. Dieses Verfahren ist auch sonst ungesetzlich, weil der Lohn sofort nach Lösung des Vertrags fällig wird, ganz gleichgültig, ob der Arbeiter entlassen oder selbst gegangen ist. Der vereinbarte Zahltag kann dabei nicht in Betracht kommen, weil mit der Lösung des Arbeitsvertrags auch alle darin enthaltenen Bestimmungen als nicht mehr bestehend erachtet werden können. Nach dem Gesetze wird der Lohn nach der Arbeitsleistung fällig und muß deshalb auch sofort entrichtet werden. Die sich beschwerenden Arbeiter schickte der Beamte jedesmal mit einem auf diese Vorschriften hinweisenden Schreiben an die betreffenden Arbeitgeber, ihnen gleichzeitig ratend, sich im Weigerungsfall an die Gerichte zu wenden und Schadenersatz gemäß § 124 G.-D. zu verlangen. Diese Schreiben hatten meist den gewünschten Erfolg. (Im Bericht wird auch über die unregelmäßigen Lohnzahlungen im Baugewerbe geklagt; über Vordringung von Strohmannern und besonders über das Trucksystem.)

Von den im Berichtsjahre zur Kenntnis der Gewerbeinspektion gelangten 15 Arbeiterausständen entfielen 10 auf das Baugewerbe und verwandte Berufe. Die meisten Ausstände brachten den Arbeitern nicht den gewünschten Erfolg, nur wenige waren von Bedeutung.

Die Arbeiterorganisationen haben trotz lebhafter Tätigkeit eine wirklich dauernde Zunahme nicht erfahren. Gute Fortschritte machte der Steinarbeiterverband. Viele Arbeiter haben nur solange Interesse für die Vereinsbestrebungen und sind zum Zahlen der Beiträge bereit, als sie ihnen einen greifbaren Nutzen bringen. (Leider!)

Von 3128 zur Anzeige gebrachten Unfällen — gegen 2607 im Vorjahre — entfielen allein auf das Baugewerbe 535. In den Steinbrüchen kamen 85 Unfälle vor; davon 7 mit tödlichem Ausgang. Von den schweren Unfällen entfielen allein 50 Prozent auf das Baugewerbe, 11,7 Prozent auf den Steinbruchbetrieb.

In den Steinhauereien können die Bestimmungen der Bundesratsverordnung in betreff der Unterkunftsräume, der Bedürfnisanstalten, der Schuttdächer und Arbeitsbuden, der Versorgung mit Trinkwasser sowie der Reinhaltung der Arbeitsbuden und Aufenthaltsräume erst durch wiederholte Revisionen sowie Strafanzeigen bei einem großen Teile der Unternehmer erzwingen werden. In den Steinbruchbetrieben ist dagegen in dieser Hinsicht ein größeres Entgegenkommen zu verzeichnen, obwohl auch hier vielfach Strafdrohungen nötig waren.

Die für 1903 berichtete günstige Lage des Arbeitsmarkts hat auch im Berichtsjahre eine Unterbrechung nicht erfahren. In der Industrie der Steine und Erden war vollauf Beschäftigung vorhanden und mußten mehr Arbeiter eingestellt werden. Dabei war die Bautätigkeit eine so lebhaft, daß die Arbeitskräfte bei weitem nicht ausreichten und noch weit mehr Arbeiter von auswärtig herangezogen werden mußten, als dies schon früher

der Fall war. Die Nachfrage war im Baugewerbe nach Arbeitern durchaus größer als das Angebot. Dieser Zunahme in der Entwicklung der Fabrik- und Bautätigkeit entsprechend sind Lohnerhöhungen insbesondere im Baugewerbe, weniger in der Fabrikindustrie, hervorgetreten.

Die Preise für die notwendigsten Nahrungsmittel: Wehl, Süßfrüchte, Kartoffeln, Fleisch, Butter, Eier usw. stehen höher als voriges Jahr, und wenn auch die Löhne ebenfalls eine steigende Richtung verfolgten, so hat ihre Aufbesserung doch mit der Verteuerung der Lebensmittel nicht gleichen Schritt gehalten. (Wenn es der Gewerbebeamte sagt dann muß es wahr sein; wenn es Arbeiter behaupten, dann sind sie unzufrieden und begehrl.)

Der Bericht bespricht auch das Arbeiterwohnungswesen und bemerkt, daß das Wohnungselend keineswegs eine bloß großstädtische Erscheinung ist. Die Abstellung der ärgsten Mißstände und gleichzeitige Verminderung des Schlafstellenmangels kann nur durch die Errichtung von Arbeiterkasernen (???) für alleinstehende Arbeiter und Arbeiterinnen erreicht werden. Eine hübsche Anlage dieser Art wurde in einem Steinbruche hergestellt.

Zur Wohlfahrtspflege bemerkt der Bericht: Die Arbeiter werden jedoch zur Teilnahme an der Schaffung und Verwaltung der entsprechenden Einrichtungen nicht herangezogen und ihnen nur sehr selten Gelegenheit geboten, sich zu einer gewissen Selbstständigkeit und Selbsthilfe zu erziehen. Erst durch ein solches Mitwirken gelangen die Arbeiter zur richtigen Würdigung der betreffenden Einrichtungen, welche damit auch des Charakters reiner Wohltätigkeitsanstalten entkleidet werden. Gerade die höher stehende, leistungsfähigere Arbeiterchaft will nicht Wohlthaten, sondern Gerechtigkeit.

Der Bericht für Lothringen ist der beste. Da werden die Arbeitgeber nicht so zimperlich behandelt wie in dem Bericht für Unter-Elßaß und besonders für Ober-Elßaß. Aber in jedem Bezirk sind der Beamten zu wenig, um allen nachkommen zu können. Es ist eben das traurige, daß für Kulturaufgaben immer zu wenig Geld da ist.

Erfreulich ist, daß aus den Berichten zu ersehen, daß stets die organisierte Arbeiterchaft die treibende Kraft ist, daß den Uebelständen abgeholfen wird, und daß auch die Aufsichtsbeamten deren Tätigkeit anerkennen. Elßaß-Lothringen ist ein großer und mächtiger Industriebezirk — besonders Ober-Elßaß und Lothringen — und wenn erst die Arbeiterchaft gut organisiert ist, dann werden auch die Gewerbeinspektionsberichte besser ausfallen.

Die Situation in Coburg.

Am 26. Oktober legten 21 Kollegen geschlossen die Arbeit nieder wegen Maßregelung eines Kollegen verbunden mit Tariffurchbrechung. Gehörte es seit Jahren nicht zu den Seltenheiten, Lohndifferenzen durch die Tarifkommission zu regeln, so hat uns letzter Fall besonders erregt. Es wurde einem Kollegen zugemutet, eine Kopffleite von einem größeren Stück umsonst zu machen, wodurch eine Differenz von 5.80 Mk. entstand, welche zwar vom Werkmeister verrechnet, am Lohn tag jedoch von der Firma wieder abgezogen wurde. Als hierauf betr. Kollege vorstellte, wurde ihm erklärt, daß es nicht bezahlt würde, er solle sich diesen Betrag im Fichtelgebirge bezahlen lassen. Hierauf wurde die Kommission vorstellig und reduzierte nach längerer Unterhandlung den Betrag auf die Hälfte von 2.90 Mk. Am Nachmittag desselben Tages hatte betr. Kollege mit noch einem andern ebenfalls eine Differenz zu erledigen. Das war denn doch zu viel, sofort wurde dem Kollegen erklärt, er bekäme sein Geld, es sei ihm aber hiermit gekündigt. Trotzdem aber wurde dieser Betrag am Zahltag nicht ausgezahlt. In einer sofort abgehaltenen Versammlung erklärten sich sämtliche Kollegen solidarisch und wurde einstimmig beschlossen, diese Zumutungen energisch zurückzuweisen, und wurde sofort die Zentral- und Gauleitung in Kenntnis gesetzt. Alle hierauf angebahnten Unterhandlungen blieben erfolglos. So blieb uns denn auch nichts übrig, als den Kampf aufzunehmen. Geschlossen wurde die Arbeit niedergelegt. Jeder Kollege war sich bewußt, für was er kämpfte, zumal sämtliche Streitigkeiten und Differenzen immer auf friedlichem Wege erledigt wurden, und jetzt auf einmal dieser Widerstand. Wir überlassen es der Öffentlichkeit, zu urteilen, ob dieser Kampf berechtigt sei, und ersuchen die Kollegen allerorts, uns ihre Solidarität zu bewahren.

Am 3. d. M. fand abermals eine Versammlung statt, zu der auch unser Geschäftsleiter Starke erschienen war. Es wurde eingehend Bericht erstattet über die Verhältnisse in Koburg. Kollege Starke erkannte es auch vollständig an, trotzdem er auch nicht außer acht ließ, auf die Gefahren der lauen Zeit hinzuweisen. Zu bemerken sei noch, daß die Firma mit den schärfsten Mitteln gegen uns vorgeht. So wurden am 1. November 13 Kollegen wegen Kontraktbruchs zu je 11.40 Mk. verurteilt; gegen weitere 6 fand am Dienstag, den 7. d. M., Termin vor dem Gewerbegericht statt, der mit Vergleich endete. Gegen ersteres Urteil ist bereits Berufung beim Landgericht Meiningen eingereicht und soll auf Rechts wegen entschieden werden.

Die Firma Erhardt sucht in der Passauer Zeitung nicht organisierte Steinmehrer. Arme Firma.

Korrespondenzen.

Münch. Am 12. November fand in Obernheim in der Pfalz im Lokale von Heinrich Bläß eine sehr stark besuchte öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Wie verbessern wir unsere wirtschaftliche Lage? 2. Gründung einer Zahlstelle. Kollege Arnold aus Mannheim referierte über den 1. Punkt in sachlicher Weise. Ihm wurde großer Beifall zuteil. In der Diskussion meldete sich Herr Philipp Leinacker, Bildhauer, zum Wort. Er sprach sich dahin aus, daß er mit den Ausführungen des Referenten zufrieden sei, nur in dem Punkte über die Schmutzkonkurrenz nicht. Der gute Herr meinte, dies könnten die Arbeiter am besten besorgen. Sie sollten nämlich diejenigen Arbeitnehmer, die solche Schmutzkonkurrenz treiben, einfach meiden oder ihnen die Arbeit nicht machen. Kollege Arnold ließ es an der nötigen Antwort nicht fehlen und gab ihm die dementsprechende Lehre, wie dieselbe zu befeitigen sei. Mit der Gründung einer Zahlstelle stießen wir auf Widerstand; die dortigen Kollegen sind noch zu ängstlich und wagen sich nicht in die Öffentlichkeit zu treten. Jeder Tisch war von einem Polier oder Meister besetzt. Die Kollegen sprachen sich dahin aus, daß sie gewillt seien, dem Verbanne beizutreten, nur dürften die Meister nicht zugegen sein. Kollege Arnold rief ihnen zu: Wir kommen wieder. Es fand darauf eine Einigung statt, daß in drei

Wochen wieder eine Versammlung stattfinden sollte, aber nur für Steinarbeiter. Wir hoffen das Beste.

Bremen. Am 4. November fand hier eine Versammlung der Sektion II statt. Ortsstatistiker Kollege Gonschopp geizelte mit scharfen Worten die große Nachlässigkeit im Ausfüllen der Statistiken, da von circa 60 organisierten Kollegen bloß die Hälfte sich beteiligten, wovon 10 Exemplare zu gebrauchen waren. Ferner legte der Schriftführer sein Amt nieder. An seiner Stelle wurde Kollege Anton Wenl gewählt. Außerdem konnte die Quartalsabrechnung nicht erfolgen, weil der Platzstatistiker von Wörth u. Co. nicht abrechnete. Was die Versammlungen anbelangt, so werden selbige sehr schwach besucht, trotzdem heuer im Mai eine Krankenzuschusskasse gegründet wurde, deren Statut dahin lautet, daß von den abgehaltenen Versammlungen mindestens 3/4 besucht werden müssen, so ist es keine Seltenheit, daß etliche Kollegen bereits 20 Wochen lang durch ihre Abwesenheit gegläntzt haben. Es wäre überhaupt sehr angebracht, wenn seitens der Zentralleitung ein Referent gestandt würde, damit den Kollegen, die größtenteils in Streit und Fehde liegen, durch eine energische Aufklärung die Augen geöffnet würden, denn Bremen II ist fürwahr die beste Zahlstelle nicht.

Chemnitz. Am 5. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, tagte hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung. Anlaß dazu gab ein Schreiben, welches uns von den hiesigen Meistern zugegangen war. In demselben wurde uns eröffnet, daß, wenn in der nächsten Umgebung von Chemnitz von auswärtigen Meistern Steinmetzarbeiten ausgeführt würden, und dieselben nicht nach Tarif bezahlt, die Chemnitzer Unternehmer auch nicht mehr nach Tarif bezahlen. Sie weisen uns auf den § 1 im Tarif hin, welcher besagt: Wird im Innungsbezirk zu niedrigeren Lohnsätzen gearbeitet, so steht der Innung das Recht zu, den Tarif nach 14-tägiger Aufkündigung aufzuheben. Es kommen hier in Betracht die Firma Rich. Thomä in Hohenstein und die Firma Nestler in Frankenberg. Die erstere führt jetzt die Arbeiten zum Schulhausneubau in Hohenstein aus, wo sich auch die Chemnitzer Geschäfte an der Konkurrenz beteiligten. Bei den zwei genannten Firmen wird nun im wilden Afford gearbeitet. Auf Veranlassung der hiesigen Zahlstellenverwaltung und der am Schulbau arbeitenden Kollegen war an Herrn Thomä das Ersuchen gestellt worden, nach Chemnitzer Tarif zu bezahlen, welchem Wunsch er auch nachkam, jedoch noch nicht unterschrieben. Bei der andern Firma wird der Preis der Stücke auch nach unserm Tarif bemessen, und soll die Einführung des letzteren hier seine Schwierigkeiten machen. Es wurde nun beschlossen, bei genannten Geschäften die Vorlegung bzw. Einführung des neuen Tarifs zu bewirken, und wurde die Ausführung dem Gesamtvorstande überlassen. Bemerkung muß hier werden, daß zu dieser Versammlung von circa 90 hier arbeitenden Kollegen nur 24 es für notwendig hielten, zu erscheinen, jedenfalls kein gutes Zeugnis.

Erfurt. Am 8. November fand hier unsere ordentliche Monatsversammlung statt, in welcher zunächst die Aufnahme einiger Kollegen erfolgte. Zum 2. Punkt: Partei und Gewerkschaft und der Generalkreis, hielt Genosse Fahrntamm-Erfurt einen äußerst gut ausgearbeiteten Vortrag. Der Referent schilderte zunächst das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei, und führte an, wie der Parteiing zu Tena die Meinungsverschiedenheiten einzelner Gewerkschaftsführer geklärt und dadurch das Verhältnis heute als ein innigeres zu bezeichnen sei. (Anmerkung der Redaktion: Dem Referenten waren sicherlich die letzten Auslassungen des Korrespondenzblattes sowie der Bergarbeiterzeitung nicht bekannt, sonst hätten seine Ausführungen wohl anders gelaute.) Näher eingehend auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Rußland und Oesterreich, kommt er in seinen Ausführungen dahin, daß auch die deutschen Arbeiter sich immer mehr zusammenschließen müßten, um gegebenenfalls auch imstande zu sein, etwaigen Angriffen auf die Rechte der Arbeiter wirksam entgegenzutreten zu können. Am Schlusse seiner 1 1/2-stündigen Ausführungen erwähnte der Referent die Kollegen, die Arbeiterpresse zu lesen, sowie sich auch politisch zu organisieren; namentlich riefte derselbe seinen Appell an die jüngeren Kollegen, damit dieselben sich immer mehr bilden und, wenn nötig, die Fühler der Organisation in die Hand nehmen könnten. Die sich anschließende Diskussion konnte leider nicht so durchgeführt werden, wie es nach dem gehörten Vortrag notwendig erschien, weil durch das Verhalten eines anwesenden Kollegen das ganze Interesse der Versammlung in Anspruch genommen wurde. Nachdem noch im Punkt Verschiedenes einige Angelegenheiten betr. des Vergnügens geregelt, ferner diejenigen bekannt gegeben waren, die in der letzten Versammlung gefehlt hatten, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Freiburg in Baden. Am 12. November fand hier eine Versammlung statt, welche zu Anfang einen schwachen Besuch aufwies. Aus diesem Grunde wurde ein angelegter Vortrag auf die nächste Versammlung verschoben. Kollege Droll erstattete Bericht von einer Kartell Sitzung. In derselben set man sich schlüssig geworden, das Andenken des Dichters Heinrich Heine an seinem 50-jährigen Todestage durch eine Gedächtnisfeier zu ehren. Auch von einem Vortrage, welcher in der Sitzung gehalten worden ist, wurde Bericht erstattet. Derselbe betraf das Mietrecht und wurde über die wesentlichsten Punkte Klarheit gegeben, da die Arbeiter, welche ja meistens alle keine Hausbesitzer sind, durch Unkenntnis der Gesetze geschädigt werden. Im Punkt Platzberichter wurde hauptsächlich Klage geführt über Platz Martin Wüst, resp. einige dort beschäftigte Kollegen. Diese Uebermenschen, Drechselschleifmaschinen im wahren Sinne des Wortes, sollen derart auf die Arbeit hineinfahren, daß man glauben könnte, nächstes Jahr wird das Steinhauen verboten. Aus diesem Grunde sei es einem Arbeiter, welcher auf seine Gesundheit nur ein wenig Rücksicht nehmen will, unmöglich, auf einen anständigen Lohn zu kommen. Den dort beschäftigten Kollegen wurde der Auftrag erteilt, dieferhalb vorzugehen, damit auch andre mit 60 Pf. pro Stunde entlohnt werden. Kollege Droll beantragt noch, nächstens eine Platzvertreter Sitzung zum Revidieren der Statistikkarten einzuberufen, welchem Antrage auch stattgegeben wird. Im Punkt Verschiedenes wird angefragt, ob man den Winter über die Beiträge nicht etwas erniedrigen könnte. Die Kollegen Rudolf und Droll ersuchen, davon Abstand zu nehmen. Wenn auch die örtliche Kasse seit dem Streik voriges Jahr von einer gänzlichen Ebbe auf 500 Mark gestiegen sei, dürfen wir uns absolut keiner Sorglosigkeit hingeben, denn nur in einer gefüllten Kasse liege der größte Teil unserer Stärke, und wenn es über kurz oder lang wieder losgehen sollte, wären wir finanziell auch besser eingerichtet. Diese paar Pfennige kämen bei den einzelnen am Zahltag doch ganz sicher nicht in Betracht, und müßte dieses winzige Opfer zugunsten der Allgemeinheit von jedem überzeugten Mitkämpfer freudig gebracht werden.

Kirn a. d. Nahe. Am 5. November fand im Gasthaus zur goldenen Sonne unsere Mitgliederversammlung statt. Einstimmig wurde beschlossen, daß drei Wochen nach Weihnachten ein Stiftungsfest stattfinden soll. Hierauf hielt der Gauleiter Kollege Herrmann aus Frankfurt einen packenden Vortrag über das Thema: Was lehren uns die letzten wirtschaftlichen Kämpfe? Kollege Herrmann entledigte sich seiner Aufgabe in glänzender Weise. Der Tarif von der Zahlstelle Wiesbaden kam zur Verlesung, welcher ein schönes Resultat aufwies. Es sprachen sich die Kollegen dahin aus, daß sie nicht eher ruhen wollen, bis auch in Kirn ein solcher Tarif durchgeführt sei. Der Vorsitzende sprach über verschiedene Mißstände, die in den Steinbrüchen herrschen. So soll es in dem Steinbruch von Julius Bösemiller auf Hallmen vorkommen, daß acht Tage lang kein Tropfen Trinkwasser vorhanden ist; wenn nun der eine oder der andre sagt, Meister, lassen Sie mal Wasser holen, so antwortet dieser, es hat aber auch niemand Durst wie du. Wenn aber ein Arbeiter nachmittags um 4 Uhr einmal gerne Wasser trinken will, dann wird überhaupt keins mehr geholt. Wir werden das weitere veranlassen.

Am selbigen Tage abends fand dann noch eine Versammlung in Kirnsulzbach statt, in welcher ebenfalls Kollege Herrmann referierte. Auch hier fand der Redner begeisterte Zustimmung.

Leipzig. Die Steinarbeiter von Leipzig und Umgegend hielten am 14. November im Römischen Hof eine öffentliche Versammlung ab. Der Vertrauensmann gab bekannt, daß in letzter Zeit auf verschiedenen Plätzen Werkstücke nicht nach den Lohnsätzen des Tarifs bezahlt worden seien. Die Schiedskommission, die bekanntlich aus drei Meistern und drei Gehilfen besteht, verhandelte am 25. Oktober über die in Frage kommenden Werkstücke; eine Einigung kam aber nicht zustande, da die anwesenden Meister sich nicht für maßgebend erklärten und die Angelegenheit der Innung vorlegen wollten. Die Innung hat nun, natürlich ohne Hinzuziehung der Gehilfen, beschlossen, die und die Werkstücke seien so und so zu bezahlen. Die Versammlung konnte sich aber mit dem Bescheid der Innung nicht einverstanden erklären und beauftragte den Vertrauensmann, dem Obermeister mitzuteilen, daß die in Frage kommenden Gehilfen nunmehr ihre Forderung bei dem Gewerbegericht einbringen wollten.

München. Am 12. November tagte im Restaurant Müllerbad die ordentliche Monatsversammlung. Beim 1. Punkt wurde die Streitabrechnung bekanntgegeben, welche von den Revisoren geprüft war. Die Versammlung erklärte sich mit dem Resultat einverstanden. Beim 2. Punkt gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt, welche ebenfalls von der Versammlung für gut befunden wurde. Für die Mühe und Arbeit der beiden Abrechnungen wurden dem Kassierer 50 Mark Entschädigung genehmigt. Beim 3. Punkt: Bericht und Neuwahl des 1. und 2. Vorsitzenden, gab zunächst der 1. Vorsitzende Gast den Bericht über seine zehnmonatige Tätigkeit, aus dem zu entnehmen war, daß die Arbeit bei einem derartigen Posten an Mühe und Zeit ungeheuer ist, da derselbe auch noch in seinem Beruf tätig sein muß. Da der Stellvertreter des 1. Vorsitzenden sich ebenfalls als amtsmüde erklärte, wurde zur Neuwahl geschritten. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Straubinger einstimmig, zum 2. Vorsitzenden Kollege Erlacher gegen 2 Stimmen gewählt, welche die Wahl bis zur ordentlichen Neuwahl dankend annahm. Beim 4. Punkt machte sich die Neuwahl von zwei ständigen Revisoren, zwei Gewerkschaftsdelegierten, eines Schlichtungskommissionsmitgliedes sowie zwei Rechnungslehrern für die Tarifrechnungsstunden notwendig. Als Revisoren wurden die Kollegen Josef Stadler und Paul Frei, als Gewerkschaftsdelegierte die Kollegen Weng und Bögelein, als Schlichtungskommissionsmitglied der Kollege Erlacher, als Ersatzmann der Kollege Karl Burger, als Rechnungslehrer die Kollegen Paul Frei und Willi Pfister gewählt.

Obernhausen. Am 5. November fand in der Wirtschaft von Philipp Schanz V zu Niederrhausen unsere Versammlung statt, zu welcher auf besonderem Wunsch des Kassierers Kollege Goos aus Frankfurt a. M., sowie die Kollegen Kreischar, Fischer, Kerchl und noch andre mehr aus der Zahlstelle Reinheim erschienen waren. Kollege Goos unterzog die Kassenbücher der Zahlstelle einer gründlichen Revision, die mit dem Resultate endigte, daß die Bücher in bester Ordnung waren; ein Lob für den Kassierer. Es wurde dies dann den Kollegen mitgeteilt, damit die Verdächtigungen, die unberufene Verleumder ausgeprengt haben, alle gestilgt werden. Es wurde sodann die Tagesordnung bekannt gegeben, wobei sich über Punkt Verschiedenes eine rege Debatte entspann. Es war auf Wunsch des Vorsitzenden der junge Meister Georg Hottes aus Koblenz in der Versammlung anwesend und hat dieselbe erst spät, mit dem Bewußtsein, nichts Unrechtes bekommen zu haben, verlassen.

Seebirgen. Am 5. November tagte in Günthersleben bei Seebirgen eine öffentliche Steinarbeiterversammlung, zu welcher die Steinarbeiter von Seebirgen und Umgegend eingeladen waren. Kollege Wagner-Erfurt sprach eingangs seiner Ausführungen sein Bedauern über den schwachen Versammlungsbesuch seitens der Brecher und Räumer aus und glaubt wohl den Grund darin zu finden, daß sich die meisten Kollegen von den Unternehmern und deren Handlanger einschüchtern lassen und den Versammlungen fernbleiben. Er hoffe aber, daß durch die Aufklärung und die Mitarbeit der bereits organisierten Kollegen den Verband zu gewinnen. Genosse Fahrntamm-Erfurt referierte hierauf über die deutsche Gewerkschaftsbewegung und kam in seinen Ausführungen dahin, daß auch für die Arbeiter von Lande die Notwendigkeit bestehe, sich den vorhandenen Organisationen anzuschließen, um dadurch ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Eingehend auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, führte derselbe Beispiele an, wo mancher Arbeiter von Lande genötigt sei, um wenigstens die fälligen Zinsen und Steuern zu bezahlen, die Ertragnisse seiner Landwirtschaft zu verkaufen, um dann seine Lebensbedürfnisse gleich dem Städter mit schwerem Gelde zu bezahlen. In seinen Schlusssatzungen gab der Referent ebenfalls sich der Hoffnung hin, daß auch in Seebirgen und Umgegend der Verband der Steinarbeiter immer mehr an Mitgliedern gewinne, um den Unternehmern zu beweisen, daß die Arbeiter fernherhin nicht mehr gewillt sind, sich von denselben wie eine Zitrone auspressen zu lassen. Lebhafter Beifall. In der sich anschließenden Diskussion wurden noch die Mittel und Wege besprochen, um den fernstehenden Kollegen Gelegenheit zu geben, sich zu organisieren. Inwiefern die Unternehmer versuchen, der Organisation entgegenzuarbeiten, geht daraus hervor, daß seitens eines Bruchbesizers unserm Verbreiter des Fachblatts der Bruch verboten wurde, ein andrer versucht unter den Brechern Propaganda zu machen dafür, dem Kollegen Wagner-Erfurt bei seinem nächsten Erscheinen eine Abreibung zukommen zu lassen. Die Steinarbeiter von Seebirgen werden aber dahin arbeiten, daß keines von beiden geschieht und die Organisation immer mehr Anhänger gewinnt, zum Troste der dortigen Unternehmer.

Strasbourg i. Elz. Am 8. November tagte in der Wirtschaft zur Glocke eine stark besuchte Mitgliederversammlung. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung erledigte der Vorsitzende einige geschäftliche Mitteilungen. Unter anderem teilte er mit, daß der Eingabe, welche wir an die Stadtverwaltung gerichtet haben um Freigabe eines städtischen Lokals sowie Stellung eines technisch gebildeten Lehrers zur Abhaltung von Tarifrechnungsstunden, woran auch Meister und Poliere teilnehmen können, die Stadtverwaltung sympathisch gegenüberstehe. Der Vorsitzende erwähnte die Kollegen, diese Rechnungen stark zu besuchen. Zugleich wurden dem schon lange erkrankten Kollegen Emil Roth 30 Mark aus der Ortskasse als einmalige Unterstützung gewährt. Im 2. Punkt gab der Kassierer die Quartalsabrechnung bekannt. Die Gesamteinnahmen betragen 2844,68 Mark, die Gesamtausgaben 2736,48 Mark, bleibt ein Kassenbestand von 108,20 Mark. Nach der Abrechnung gab es eine rege Debatte wegen der Abrechnung vom Streik. Diese wurde gleich nach dem Streik gegeben, die Streikkommission konnte aber nicht entlastet werden, weil die Geschäftsleitung, welche nur allein die Schuld trägt, nach wiederholter Aufforderung sich nicht einmal bemühtig fühlte, Antwort zu geben, ob sie stimmt oder nicht. Es ist sehr traurig, wenn man in solchen Angelegenheiten nicht einmal Bescheid bekommt. Die Zahlstelle Strasbourg verlangt unbedingt Regelung dieser Angelegenheit. Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit der Durchführung des Tarifs. Nach Entgegennahme der Platzberichte ergaben sich traurige Resultate. So wird z. B. auf dem größten Teil der Arbeitsplätze von den Unternehmern, hauptsächlich von den Herren Polieren, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hingewirkt, den Tarif zur Verfügung zu verweigern, den richtigen Bezahlung, wie sie der Tarif vorschreibt, verweigert, so wird mit Entlassung gedroht; die Unternehmer wollen sich die schlechte Konjunktur zunutze machen. Es ist zum Erbarmen, wenn man bedenkt, daß die Unternehmer nach Vereinbarung des Tarifs erklärten, so,

jetzt wollen wir Ordnung und Frieden miteinander haben, kann aber ist der Tarif in Kraft getreten, so sind wir wieder auf dem Kriegsfuß und müssen das Gewerbegericht in Anspruch nehmen. Die Herren Poliere können es hauptsächlich nicht verstehen, weil sie immer schalten und walten können, wie sie wollen, doch wir auch mitzureden haben. Trotz der Arbeitslosigkeit, welche hier schon herrscht, wie noch in keinem der Vorjahre, bringen die Kollegen energisch darauf, daß, was wir errungen haben, um jeden Preis auch hochzuhalten.

Ufen. Am 5. November fand in der Ahrenschen Gastwirtschaft zu Gameln eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom dritten Quartal bekannt, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Im Punkt 2 sprach Kollege Gauleiter Maus-Bremen über Zweck und Nutzen der Organisation. Er legte den Kollegen klar, wie der Arbeitgeber den Arbeitnehmer zu unterdrücken sucht. Nur allein durch eine feste Organisation könne dieser Zustand beseitigt werden. Maus erwähnte die Kollegen, fest zur Organisation zu halten und die Versammlungen besser zu besuchen. (Lebhafter Beifall.) Im Punkt Verschiedenes entspann sich eine lebhaft Debatt über die Firma Schmid, da dort nur ein Meistertarif existiert, welcher natürlich von der Firma ausgearbeitet ist, und die den von den Kollegen ausgearbeiteten nicht anerkennen will. Es kam ferner zur Sprache, daß die Bundesratsverordnung nicht innegehalten wird, hauptsächlich bei der Firma Wellhausen.

Unternehmerrigorosität im Odenwald.

Unter den Steinarbeitern des Odenwaldes herrscht momentan eine sehr große und berechtigterregung. Fragen vor gleich, wie ist dieselbe entstanden? — Der Zentralverband der Steinarbeiter hat in den letzten Monaten Hunderte von Mitgliedern gewonnen, und das paßte einzelnen Unternehmern nicht. Deshalb die Schikanierung gegenüber den Berufskollegen. Die Steinmetzmeister des Odenwaldes sind samt und sonders im Steinmetzmeisterverband, den Arbeitern aber verbieten sie das gesetzliche Recht, sich zu organisieren. Niemand hat das Recht, das uns gesetzlich zustehende Vereinigungsrecht durch wirtschaftliche Macht brüsk zu nehmen; denn ein Vorgehen, wie es Herr Böhlinger am Dienstag, den 14. November, in seinen Werkstätten zu Lindenfels beliebte, steht einzig da, wie die Steinarbeiter vollständig um ihr Koalitionsrecht gebracht werden sollen.

Herr Böhlinger ging von Werkstätte zu Werkstätte und fragte die Steinarbeiter einzeln: „Sind Sie organisiert?“ Etwa 80 Mann bejahten das und so haben dieselben in 14 Tagen die Arbeitsplätze zu räumen, nur weil sie das gesetzliche Recht ausübten und sich dem Steinarbeiterverbande anschlossen, also das nämliche taten, was Herr Böhlinger selbst getan hat. Die Schamröte muß den Steinarbeitern des Odenwaldes ins Gesicht steigen, wenn man sieht, wie mit den Steinarbeitern umgesprungen wird. Gerade so wie in Lindenfels, so ging Herr Böhlinger vor etwa 14 Tagen auch in Bedenkirchen bei Reichenbach vor. Auch dort wurden 18 Kollegen entlassen, weil auch diese sich erlaubten, sich auf den Boden des Gesetzes zu stellen. Ein solches Vorgehen der Firma Kreuzer u. Böhlinger muß bei den Steinarbeitern zu schärferer Entrüstung herausfordern; insbesondere auch die Frauen der Steinarbeiter haben ein großes Interesse daran, daß man ihre Männer, die im Schweiße des Angesichts um kümmerlichen Lohn schaffen müssen und in einem recht gesundheitschädlichen, sehr anstrengenden Berufe tätig sind, nicht des gesetzlichen Koalitionsrechts entkleiden darf.

Herr Werkführer Bisse bei derselben Firma in Elmshausen sagte kürzlich: „Ein Koalitionsrecht für meine Steinmetzen gibt es nicht, mein Koalitionsrecht besteht in — Rippenstößen.“ Kollegen, solche Ausdrücke sind eines gebildet sein wollenden Menschen unwürdig. Auch in Elmshausen erhielten am 8. November circa 78 Kollegen wegen Verbandszugehörigkeit ihre Kündigung. Die Herren Böhlinger und Bisse gingen von Mann zu Mann, um ein Verhör anzustellen, wer Verbandsmitglied sei. In den weitest aus meisten Fällen wurde dies bejaht und es wurde dann sofort die Kündigung ausgesprochen. Herr Bisse äußerte später noch: Heuer gibt es für die Steinmetzen traurige Weihnachten; warum müssen sich denn eigentlich die Leute organisieren? — So sieht die Arbeiterfreundlichkeit der Herren Werkführer aus, denn Bisse ist Angestellter der Firma K. u. B.

In Lindenfels erregte es große Entrüstung, als den Beschäftigten, die von der Firma Kartoffeln und Kohlen bezogen hatten, am Sonnabend, den 18. November, bei der Lohnauszahlung der ganze Betrag hierfür einfach abgezogen wurde. Ein Familienvater ging dann mit 54, ein anderer mit 78 Pfennigen usw. am Lohnbetrag nach Hause. Daß über diese praktische Betätigung des Christentums die Arbeiter, wir dürfen sagen, die gesamte Ortsbevölkerung, sehr entrüstet war, ist einleuchtend.

Die Firma Kreuzer u. Böhlinger gibt immer vor, die Konkurrenz der anderen (?) Orte sei eine so große, daß sie nicht in der Lage wären, höhere Löhne zu bezahlen. Wenn verweisen diese Herren auf das Fichtelgebirge. Wir behaupten aber, daß dort die Löhne bedeutend höher sind; Ziffern beweisen! Im Fichtelgebirge werden bezahlt:

Schwarzer schwedischer Granit . . .	Mk. 16.—	per Quadratmeter
Odenwälder Syenit . . .	16.—	„
Grüner schwedischer Granit . . .	16.—	„
Roter schwedischer Granit . . .	15.—	„

Die Firma K. u. B. dagegen zahlt den Steinmetzen durchschnittlich um 3—4 Mk. weniger pro Quadratmeter. Nun wissen wir aus eigener Erfahrung, daß im Fichtelgebirge die Löhne sehr aufbesserungsbedürftig sind. Im Odenwald müssen dagegen die Löhne, wie sie jetzt bezahlt werden, als höchst minimal bezeichnet werden. Die Steinmetzen bei K. u. B. schaffen meistens Tagelohn. Die Arbeitszeit war bis vor kurzem sage und schreibe eine elfstündige. Der Tagelohn eines Steinmetzen beträgt etwa 3,50 Mk., nur bei einigen 4 Mk. Die Schleifer dagegen kommen über 2,20—3 Mk. nicht hinaus; viele stehen noch unter diesen Lohnsätzen. Nun ist ja die zehnstündige Arbeitszeit zur Einführung gelangt, dem Einflusse unseres Verbandes ist dies zuzuschreiben. Wir können ruhig behaupten, so niedrige Lohnsätze in der Grabdenkmalinindustrie werden in ganz Deutschland nicht bezahlt. Alle Hartsteingeschäfte leiden unter der drückenden Konkurrenz der Herren K. u. B. Diese mit ihren etwa 500 Arbeitern und technisch gut eingerichteten Betrieben betreiben eine Massenproduktion, die einfach einzig dasteht. In Lindenfels hat diese Firma einen großen Syenitbruch von dieser Gemeinde sehr billig gepachtet; in den Werkstätten Elmshausen und Bensheim dagegen wird auch sehr viel schwedisches Material verarbeitet. Der niedrigen Löhne haben wir schon Erwähnung getan, müssen aber noch ergänzend hinzufügen,

daß mit dem Tagelohn auch ein Prämienystem verbunden ist. Es kann unter Umständen möglich sein, wenn der Arbeiter seine Arbeitskraft bis aufs äußerste anstrengt und schließlich mit den Vorteilen der Arbeitsstücke Glück hat, daß alle 14 Tage noch etliche Mark Prämien herauspringen. Wie die Prämie berechnet wird, wissen die Polierer und die — Götter, den Steinmetzen und Schleifern ist die angewandte Berechnungsart ein Buch mit sieben Siegeln. In der einen Lohnperiode gibt es für den einzelnen eine kleine Prämie, in der andern dagegen hat man es nicht verstanden, eine Prämie herauszuschlagen. Das Prämienystem hat natürlich den Zweck, die Kräfte der Beschäftigten aufs äußerste auszunutzen, der fixierte Tagelohn ist so niedrig gesetzt, daß ein jeder möglichst eine große Prämie herauszuschlagen bemüht ist. Daß unsere dortigen Kollegen gegen ein solch unwürdiges Lohnsystem, wo keiner weiß, wie die Prämie berechnet wird, Front machen, ist nur zu erklärlich.

Am Sonntag, den 19. November, nahm nun eine äußerst stark besuchte Versammlung, abgehalten im Deutschen Haus zu Gaderndorf, zu dem Vorgehen der Firma R. u. B. Stellung. Der Regen floß in Strömen, aber weit über 500 Berufskollegen des Reichenbacher Tales wanderten nach Gaderndorf zur Versammlung, in welcher Kollege Staudinger referierte. Das Versammlungslokal erwies sich als bedeutend zu klein, viele konnten keinen Zutritt erhalten. Von Bensheim waren 30 Kollegen anwesend, in Elmshausen gefellten sich ca. 70 hinzu, in Reichenbach schlossen sich dieser Zahl wiederum mehr als 150 Kollegen nebst einigen Frauen an. Zuwachs kam weiter von Bedenkirchen, Steinheim und Erntshofen. Die Lindenfeller Kollegen fanden sich ebenfalls vollzählig ein. Ein großer Teil der Versammelten hatte einen Weg von mehreren Stunden zurückzulegen. Das draconische Vorgehen der Herren R. u. B. steigerte die Erbitterung bis zur Siedehitze, und deshalb war ein solcher Massenbesuch dieser Versammlung auch ganz erklärlich. Im Odenwalder stark durchfesten Granitgebiet hat noch niemals eine solch stark besuchte Steinarbeiterversammlung stattgefunden. Soffen wir, daß sie nicht die letzte war. Besonders wirksam wirkten die verschiedenen Diskussionsredner die Arbeiterfreundlichkeit der Herren Arbeitgeber in Lindenfels. Schreiber dieser Zeilen hätte nicht geglaubt, daß ehemalige Berufskollegen in punkto Arbeitererrettung so hervorragendes leisten könnten. Man möchte meinen, als frühere Steinmetzen hätten sie für die Rechte der Arbeiter ebenfalls noch einiges Empfinden; das scheint aber nicht der Fall zu sein, denn sonst würden diese Herren das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht antasten. Für diejenigen Berufskollegen, die am letzten Lohnstage bis auf etliche Pfennige Geldabzüge für bezogene Kartoffeln und Kohlen sich gefallen lassen mußten, wurde in der Versammlung eine Geldsammlung veranstaltet, welche eine sehr schöne Summe ergab. Die Solidarität der Anwesenden hat sich schönstens bewährt. Dieses Solidaritätsgefühl ist also stärker als das soziale Empfinden des Herrn Böhlinger, der diese Abzüge wahrscheinlich veranlaßt hat.

Kollege Staudinger wurde wegen dieses unerhörten Vorgehens des Streitigmachens des Koalitionsrechtes bei der heftigen Gewerbeinspektion in Darmstadt am vergangenen Sonnabend vorbestellt. Der Gewerbeinspektor Herr Döcker wurde sofort am Montag, den 27. d. M., bei der Firma in Lindenfels vorbestellt, doch auch der Vertreter der Regierung konnte eine Zurückziehung der Kündigung nicht erwirken.

Herr Böhlinger behauptet seine Formel, welche lautet, wer sein gesetzliches Koalitionsrecht ausübt, fliegt auf's Pflaster. Ob diese Formel aufrechterhalten werden kann, wird die Zukunft lehren.

Einen schönen Erfolg erzielten die Kollegen der Firma Deutsche Steinindustrie in Reichenbach. Der Vorstandsvorteiler schloß am 14. November mit Herrn Direktor D u d e einen Tarifvertrag ab. Vorläufig gültig auf ein Jahr. Die Organisation wurde in diesem Vertrag anerkannt. Diese Firma war einseitigvoll genug, mit uns zu unterhandeln, denn sie hatte einsehen gelernt, daß die Steinarbeiterorganisation nicht mehr zu umgehen ist. Die Deutsche Steinindustrie hat im Schwarzwald schon eine mächtige Einbuße. Denn diese Firma ist ebenfalls durch den Streik in Kappelrodeck sehr schwer betroffen. Im übrigen haben ja auch die Berliner Kollegen (in Berlin ist das Hauptgeschäft) mit dieser selben Firma vor längerer Zeit ebenfalls eine tarifliche Vereinbarung getroffen.

Die Vertreter der Deutschen Steinindustrie verhandelten mit uns, die Firma Kreuzer u. Böhlinger schmeißt die Organisierten dagegen auf's Pflaster.

Kollegen! Ein solches Verfahren kann sich ein gefitteter Mensch nicht gefallen lassen, ein solches Vorgehen erinnert an die Zeit, wo die Arbeiter noch ganz und gar unter der Vormachtigkeit ihrer — Herren standen. Geschichtlich ausgedrückt heißt diese Zeit die Sklavenszeit. Soffentlich wird dieser Zustand baldigst beseitigt.

Vom österreichischen Steinarbeiterverband.

Laut Beschluß der Vorstandssitzung vom 25. Oktober 1905, welcher auch drei Mitglieder der Prager Agitationskommission beigegeben hatten, wurde der bisherige Sekretär Ernst Haidt wegen Unregelmäßigkeiten in Ausführung seiner Obliegenheiten entlassen, sowie auch aus dem Verbands der Steinarbeiter Oesterreichs ausgeschlossen.

An dessen Stelle wurde Kollege Bohumil Strotel, bisher Sekretär der Steinarbeiter Prag's, einstimmig zum Sekretär der Steinarbeiter Oesterreichs gewählt. Ebenso wurde dem Kollegen Strotel die Leitung der Redaktion unseres Fachblattes übertragen. Für die dadurch freigewordene Sekretärstelle in Prag haben die dortigen Kollegen den Kollegen Karl Kollmann bestimmt.

Wir ersuchen, in Zukunft keine Zuschriften, Sendungen, Briefe u. dergl. an Haidt zu adressieren, sondern folgendermaßen:

An den Verband der Steinarbeiter Oesterreichs
Wien, VI., Schmalzbofengasse 17.

Der Verbandsvorstand.

Rundschau.

Die Proletarier leben. Ein Freund der Dresdener Volksmacht, der nach einem Landständchen Niederschlesien's verlagert ist, sendet dem Blatte folgende Schilderung eines Proletariatshaushalts: Des öfters schon veröffentlichten Sie in unermesslichen Hausrechnungsbüchern die schließlichen Proletarier. So auch vor kurzem eine solche, und zwar die eines Dresdener Müllers, der pro Woche 21 Mk. verdient. Aus dieser war zu ersehen, wie trotz des immerhin noch einigermaßen anständigen Lohnes die sechsöpfige Familie doch nur auf das allerndigste für das tägliche Leben angewiesen war.

Sie gaben auch in Ihren Schlußbemerkungen zu dieser Aufstellung Ihrer Verwunderung Ausdruck, wie denn überhaupt eine Familie existieren kann, wo nur 12 bis 13 Mk. die Woche verdient werden.

Ich nehme nun hiermit Gelegenheit, Ihnen mitzuteilen, wie eine Textilarbeiterfamilie in Niederschlesien, und zwar in der Gegend von Neustädte, lebt, wo der Mann, der erwachsene Arbeiter, einen durchschnittlichen, hier „ortsüblichen“ Wochenlohn von 8.50 bis 9 — Mk. bei einer täglichen von früh 1/8 bis abends 1/7 Uhr währenden Arbeitszeit erhält.

Das wöchentliche Haushaltsbudget solch einer bebauernswerten Proletarierfamilie mit vier Köpfen (Mann und Frau nebst zwei Kindern) sieht nun wie folgt aus:

2 1/2 — 3 Brote à 55 Pfg.	1.65	Mk.
Semmel und Zwieback (für Kinder)	0.70	"
1/2 Pfund Butter 65 Pfg., 1 Pfund Margarine 75 Pfg.	1.40	"
1/2 Liter Milch pro Tag à 7 Pfg.	0.49	"
2 Pfund Zucker à 22 Pfg.	0.44	"
1/2 Pfund Kaffee, mit Zichorie	0.30	"
5 Liter Kartoffeln	0.15	"
Erbfen, Bohnen, Reis oder sonstiges	0.70	"
1/2 Pfund Speck 40 Pfg., 1/2 Pfund Schmalz 30 Pfg. (beides vom Kaufmann, sogenanntes amerikanisches zum Schmalzen der Wochentagsgerichte)	0.60	"
Obst, Gemüse, Gewürz	0.40	"
1/2 Pfund Fleisch („Sonntagsbraten“)	0.40	"
Sering, Käse, ein Stückchen Wurst, einen Schnaps oder sonstige „Leckerbissen“	0.70	"
Miete pro Jahr 60 Mk., also pro Woche	1.15	"
Summa	9.88	Mk.

Der Wochenverdienst des Mannes wäre somit vorausgibt und reicht, wie wir sehen, zu obigen noch gar nicht aus. Und noch fehlen fast die größten Ausgaben für einen Haushalt. Wo bleibt nun der Beitrag für Feuerung, Kohle und Holz? Wo bleibt das Geld für Kleidung und Schuhwerk? Wovon bezahlt die Familie Steuern, und wo schulpflichtige Kinder vorhanden sind, Bücher und Schreibzeug und sonstige Utensilien? Wovon soll eine Familie leben, wenn Unvorhergesehenes, wie Krankheitsfälle der Kinder usw. sich einstellen, und noch Arzt- und Apotheker-Rechnungen zu begleichen sind?

Da ist nun die Frau gezwungen, täglich Erwerbsarbeit zu leisten, und wo Kinder nur einigermaßen fähig, müssen auch diese noch mitverdienen helfen. Mit den 7.50 — 8 Mk., welche eine Arbeiterin hier wöchentlich verdient, ist es ebenfalls noch nicht möglich, alle die noch aufgezählten Ausgaben zu beistellen. Kleinerer Kinder, welche nicht den ganzen Tag ohne Aufsicht bleiben können, müssen zudem noch in fremde Hände in „Pflege“ gegeben werden. Diese „Pflege“ kostet dann pro Kind und Woche ebenfalls noch 2.50 bis 3 Mk. So bleiben nun von dem verdienten Wochenlohn der Frau noch ganze 2 oder 3 Mk.

Um nun nicht in Not und Elend zu verfallen, muß der Mann auch noch Gelegenheitsarbeit, die sich ihm bietet, verrichten. So kann man sehen, wie Arbeiter früh und abends, außer ihrer Arbeitszeit, bei den hiesigen Landwirten mit Gras oder Getreidemähen beschäftigt sind, und nicht selten den ganzen Sonntag hindurch arbeiten, um nur etwas zu verdienen. Unsere Gegner sahen immer, wir Sozialdemokraten wollen die Familie gerädert. Ob man aber angesichts solcher Verhältnisse, wo die Familie nur noch des Nachts, während des Schlafes beisammen ist, überhaupt noch von einem Familienleben reden kann?

Nicht die Sozialdemokratie, nein, das Unternehmertum zerstört die Familie, indem es dem Arbeiter einen anständigen Lohn, das Mittel, ein menschenwürdiges Dasein zu führen, vorenthält. Die Mutter gebürt ihren Kindern, der Mann der Familie — aber die kapitalistische Wirtschaftsordnung reiht alles auseinander!

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 8. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Gaugwitz-Bülow. — Das französische Gewerkschaftswesen. Von Paul Louis. — Die Nationalratswahlen in der Schweiz. Von Dionys Jinner. — Die ökonomische Lage des jüdischen Proletariats in Rußland. Aus dem Russischen überfetzt von G. R. (Fortsetzung.) — Zivilberufsmuster. Von Viktor Noack (Charlottenburg). — Notizen: Von der Versicherungsanstalt Großherzogtum Hessen. Von E. G.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Bremen II. Das Verbandsbuch des Marmorbauers August Johann Klinge, geb. den 17. November 1871 zu Bremen (Ortsnummer 42, Buchnummer 14070), ist abhanden gekommen und wird vor Mißbrauch gewarnt.
Max Köhler, Kassierer.

München. Der Steinmetz Joseph Julianni, früher in Ulm, wird ersucht, seine Adresse an Anton Siegelbauer, Kurfürstenstr. 22, zu senden.

Ochsenfurt. Der Kollege Wilhelm Limbach aus Erdborf (Buch Nr. 2983) hat hier durch Ueberredung von meiner Frau 1.20 Mk. Reiseunterstützung zu Unrecht erhoben. Die Vertrauensleute werden ersucht, dafür mit zu sorgen, daß Limbach das Geld zurückerstattet.
Franz Knorr, Kassierer.

Stettin. Die Vertrauensleute werden ersucht, die Adresse des Steinmetzen Alfred Krönke aus Danzig umgehend hierher zu senden.
Franz Weisbarth, Vulkanstr. 88, S. p.

Bernsdorf. Der Steinschleifer Ludwig Böhm, geb. 9. Mai 1888 zu Friedmannsdorf, ist von hier abgereist und hat sein Buch in Unordnung und Schanden zurückgelassen. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, Böhm kein neues Buch auszustellen und dessen Adresse an mich gelangen zu lassen.
Wolfgang Fischer, Vertrauensmann.

Posta. Nachstehende Kollegen sind von hier abgereist ohne ihren Verpflichtungen der Zahlstelle gegenüber voll nachzukommen: Ernst Wagner, geb. 9. Juni 1865 zu Lunewalde (Buch-Nr. 3989); Max Kogat, geb. 8. September 1887 zu Leipzig-Vollmarsdorf (Buch Nr. 31161); Clemens Eifert, geb. 10. Juli 1858 zu Langenwolmsdorf (Buch Nr. 5534). Die Bücher der letzten beiden liegen hier, es sind ihnen keine neuen auszuwählen.
Ernst Hamann, Kassierer.

Adressen-Änderungen.

Ströbel i. Schlesien (2. Gau, neue Zahlstelle). Vorsitzender: Karl Stefan, Gorkau. Kassierer: Rudolf Seidel, Gorkau.

Bünzelsburg. Vorsitzender: Franz Skoda, Ring Nr. 14. Kassierer: Wenzel Habranek, Ring.

München. Vorsitzender: Johann Straubinger, Kasernenstraße 49 0.

Mittelsteine. Vorsitzender: Paul Müller, Schlegel, Gasthaus Eiferne's Kreuz. Kassierer: Paul Rohrer, Mittelsteine.

Meg. Vorsitzender: Friedrich Schneider, Karlstr. 4. Kassierer: Jakob Heil, Ferrostr. 23.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 13. bis mit 18. November 1905. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Ersatzmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gelegbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbkissen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)
Weißensfeld, B. 56.—, D. 3.50, Z. 10.50; Eiberfeld, B. 64.—, Ins. 2.40; Kassel, B. 64.—; Bamberg, B. 17.50, E. 10.—, D. 5.—, Z. 10.50, H. 2.50, St. 1.50, F. 0.50, Plakat 3.—; Höchst, B. 32.—, E. 1.—, D. 0.75; Wilmars, B. 14.05, Z. 0.50, D. 0.75; Harbheim,

B. 14.25; Fürstberg, B. 2.10; Döbeln, B. 1.60; Hirsau, B. 2.60; Leipzig (Bennewitz und Böhler), B. 11.40; Dortmund, B. 7.20; Göthen, B. 2.35; Planfenburg, B. 40.—; Meg, B. 24.—; Nördlingen, B. 6.—; Witten, B. 1.20; Auweiler, B. 18.—; Selb, B. 160.—, E. 5.—, Z. 50.—; Dürheim, B. 121.52, E. 8.50, D. 4.—, Z. 12.—, St. 0.75, F. 1.—; Neustadt a. S., B. 125.72, E. 3.—, D. 1.75, Z. 2.50, Futterale 3.—; Heppenheim, B. 140.—; Karlsruhe, B. 133.—; Köln I, B. 128.—, E. 5.—; Ochsenfurt, B. 72.—, E. 2.50, Ers. 0.25, D. 2.50, Z. 10.—; Plagbücher 3.—; Offenburg, B. 56.—; Rindensfels, B. 32.—, E. 10.—; Bertelsheim, B. 16.20, E. 4.50, D. 1.—; Wittenberg, B. 77.44, E. 5.50, Z. 5.50; Ernstmühl, B. 2.80; Osterholz, B. 198.—; Faulbach, B. 71.40, E. 5.—, D. 4.75, Z. 0.50; Götta, B. 64.—, Ins. 1.80; Münster, B. 54.08, E. 1.50, Z. 1.—, D. 0.25; Mittelsberg, B. 28.—, E. 1.50, D. 0.50; Eisenbach-Obernburg, B. 12.72; Koblenz, B. 8.75; Egelsdorf, B. 6.65; Ulm, B. 144.—, Z. 12.50; Oppach, B. 168.—, E. 1.—, Z. 19.—, D. 7.75; Braunschweig, B. 10.60; Neustrelitz, B. 2.80; Reddinghausen, B. 8.25; Strehlen, B. 240.—; Gohmannsdorf, B. 66.—, E. 13.—, D. 5.—, Z. 15.—; Affeln, B. 14.60; Sedmauern, B. 13.48, E. 6.—; Guben, B. 280.—.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

Schlesien, 99. In solchen Fragen ist die B. B. natürlich mit uns niemals einverstanden. — **Strasburg, W.** War mir leider nicht möglich, Besten Gruß, auch an den alten Freund Scherer — **Berlin, M.** Dein Schreiben hat mich sehr erfreut. — **Eiberfeld.** Der gefaunte Bericht mußte abgelehnt werden, er enthält sonst nichts, als eine sehr ausführliche Wiederholung der Kartellbildung. — **Kollegen der Firma Lehmann in Striegau und Zahlstelle Reichenheim.** Gratulations-Anzeigen werden nicht mehr angenommen. — **Müggeldorf** (Zahlstelle Lauamholz). Die Lokalverwaltung braucht solchen dummen Gerüchten gegenüber nur auf das Statut (S. 8, Abs. 6) hinzuweisen. Daß solches Gebaren geeignet ist, das Ansehen des Verbandes zu schädigen, wissen wir allzu gut; es sind das auch keine guten Mitglieder, das sind, deutlich gesagt, nur Feger; sie sollen sich doch in den Büchern selbst überzeugen, oder trauen sie sich nicht so viel zu? Starke.

Anzeigen.

Prima Stahl für härteste Granite

pro 100 Kilogramm 62 Mk., empfiehlt unter Garantie
Ernst Fritzsche, Kiel, Ringstrasse 39.

Den reisenden Verbandskollegen wird die
Gewerkschaftsherberge
in **Kiel, Fabrikstraße**, bestens empfohlen.

Die Neuerung, die ich gegen den Kollegen **Kersch** gebraucht habe, nehme ich zurück, weil dieselbe auf Unwahrheit beruht.
0.60] **M. L.,** Zahlstelle Reichenheim.

Todes-Anzeigen.

Am 10. November starb unser Kollege
Bruno Göthel
im Alter von 33 Jahren an der Keilkopf- und Lungen- und Lungenschwindsucht.

Ehre seinem Andenken!

1.10] **Zahlstelle Chemnitz.**

Am 12. November starb im Krankenhaus zu Würzburg der Kollege

Leopold Herde

im Alter von 39 Jahren an der Berufskrankheit.
Ruhe sanft!

1.10] **Zahlstelle Kirchheim.**

Am 14. November starb unser Kollege, der Steinmetz

Paul Kniebusch

im Alter von 39 Jahren an der Berufskrankheit.
Ehre seinem Andenken!

1.—] **Zahlstelle Dresden.**

Am 15. November starb nach langem Leiden der Steinmetz

Max Heker

aus Niedergrünstedt bei Weimar im Alter von 35 Jahren an der Berufskrankheit.
Leicht sei ihm die Erde!

1.20] **Einzelsahler Weimar.**

Am 16. November starb unser Kollege

Emil Oettel

nach 38wöchigem Krankenlager an der Berufskrankheit.
Ehre seinem Andenken!

1.—] **Zahlstelle Altenhagen.**

Am 19. November starb unser braver und treuer Kollege, ehemaliger Vertrauensmann

Joseph Mayer

im Alter von 54 Jahren plötzlich an Herzlähmung.
Leicht sei ihm die Erde!

1.10] **Zahlstelle Brudmühl.**

Am 20. November starb unser Kollege

Philipp Dey

nach zweijährigem Leiden im Alter von 31 Jahren an der Berufskrankheit.
Ehre seinem Andenken!

1.10] **Zahlstelle Obermörlin.**

Verantwortlicher Redakteur: **A. Staudinger**, Leipzig.
Verlag von **Paul Starke** in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei **Altiengefellschaff**.